

## Beilage 53.

### Bericht

des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf wegen Befreiung der Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen.

### Hoher Landtag!

In der Landtagsitzung vom 1. Oktober 1909 wurde dem Finanzausschuß die Regierungsvorlage betreffend die Befreiung der mit dem Reichsgesetze vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, eingeführten Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen zur Vorberatung zugewiesen.

Der Gesetzentwurf bezweckt die Befreiung der Personaleinkommensteuer von Landes- und Gemeindefzuschlägen bis Ende 1917.

Die Regierung sagt in den Bemerkungen zu der Vorlage gleich wie im Jahre 1898, wo die Befreiung im Landtage bis Ende 1909 beschlossen wurde, die Personalsteuer soll eine mäßige, im voraus berechenbare sein, damit die Festigung und Entfaltung möglich sei.

Nun ist es zweifellos wahr, daß eine neu eingeführte Steuer leichter richtig eingeführt werden kann, wenn das nach und nach geschieht und wenn diese Steuer nicht noch mit jährlich variablen Zuschlägen belegt werden kann. Die von Jahr zu Jahr etwas erhöhte Einnahme aus dieser Steuer bildet dafür den besten Beweis.

Die Personaleinkommensteuervorschreibung betrug in allen Kronländern im Jahre 1908 zusammen K 72,194.207.—. Nun kann aber die staatliche Finanzverwaltung diese Summe nicht für sich in Anspruch nehmen, sondern nach dem Personaleinkommensteuergesetze, Artikel V bis XII, werden in jenen Ländern, in denen auf die Zuschlagsberechtigung gesetzlich verzichtet wurde, den Realsteuerträgern Nachlässe gewährt und finden Überweisungen an die Landesfonde statt. Im Jahre 1908 sind von der oben angeführten Vorschreibungssumme K 41,372.669.—, gleich 57·3%, an die Realsteuerträger und die Landesfonde von der staatlichen Finanzverwaltung abgegeben worden.

Auf das Land Vorarlberg entfallen bei einer Personalsteuervorschreibung von K 399.320— zur Überweisung an den Landesfond K 55.515—.

Den Grundsteuerträgern wurde ein Nachlaß von K 37.863, den Hausklassensteuerträgern ein solcher von K 14.301, den Hauszinssteuerträgern ein solcher von K 25.588 gewährt. Es fließen somit von der Personalsteuersumme K 133.267 wieder in das Land zurück.

Würde dem Wunsche der Regierung nicht entsprochen, so würden die Steuerträger des Landes um diese K 133.267 gebracht und andererseits wäre es doch nicht möglich, Geld von den Personaleinkommensteuerträgern für Land und Gemeinden zu bekommen, da die Regierung fest erklärt, es würde höchstens ein 10/oiger Zuschlag dormalen gestattet werden.

Angeichts dieser Sachlage stellt der Finanzausschuß folgenden

### **Antrag:**

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Dem beiliegenden Gesetzentwurfe, betreffend die Freilassung der mit dem Reichsgesetze vom 25. Oktober 1896, R. G. B. Nr. 220, eingeführten Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen, wird die Zustimmung erteilt.“

Bregenz, am 9. Oktober 1909.

**J. A. Willi,**  
Obmannstellvertreter.

**Josef Delz,**  
Berichterstatte.

## Beilage 53 A.

### Gesetz vom . . . .

wirksam für das Land Vorarlberg,

betreffend die Befreiung der mit dem Reichsgesetze vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, eingeführten Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Landes Vorarlberg finde Ich anzuordnen, wie folgt:

#### Artikel I.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 24. Juni 1898, L. G. Bl. Nr. 26, betreffend die Befreiung der mit dem Reichsgesetze vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, eingeführten Personaleinkommensteuer von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen, wird bis einschließlich des Jahres 1917 verlängert, insofern in dieser Zeit

1. die Realsteuernachlässe im Sinne der Artikel V bis XII des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, fortbauern oder durch die definitive Festsetzung des Ausmaßes der Realsteuern im Sinne des Artikels XII des bezogenen Gesetzes ersetzt werden und

2. die dem Landesfonds gemäß Artikel V bis XII des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R. G. Bl. Nr. 220, zukommende Überweisung fortbauert oder

durch anderweitige, nicht hinter der Überweisung aus dem Jahre 1908 zurückbleibende Jahreszuschüsse aus Staatsmitteln ersetzt wird.

Artikel II.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes werden Mein Minister des Innern und Mein Finanzminister beauftragt.

